

In der Senatssitzung am 16. April 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

08.04.2024

L 8

Vorlage für die Sitzung des Senats am 16.04.2024

„Weiterentwicklung und Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche Schritte hat der Senat bereits unternommen, um in einem gemeinsamen Prozess mit Vertreter:innen der LGBTIQ*-Community den Landesaktionsplan neu aufzulegen?
2. Auf welche Weise gedenkt der Senat, die queerpolitischen Belange ressortübergreifend zu berücksichtigen?
3. Wie weit ist der Senat damit, in jedem Ressort eine Zuständigkeit für die Umsetzung des Landesaktionsplans zu benennen?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Auf den letzten beiden Sitzungen des Queerpolitischen Beirats im November 2023 und März 2024 wurde ausgiebig über die Fortschreibung des Landesaktionsplans und ein Format der Beteiligung gesprochen. Das Beteiligungsformat hatten die stimmberechtigten Mitglieder zuvor in einem Workshop erarbeitet und auf der Sitzung im März 2024 vorgestellt. Im Kern haben die Träger sich bereit erklärt, mit Ihrer Expertise den Ressorts und dem Magistrat für Fragen zur Verfügung zu stehen. Dafür sind – neben den Queerpolitischen Beiratssitzungen – gesonderte Termine vorgesehen. Aber auch darüber hinaus kann die Expertise angefragt werden.

Zu Frage 2:

Queerpolitische Belange sind Querschnittsthemen, die alle Ressorts und die jeweiligen Bereiche betreffen. Alle Ressorts wurden dazu aufgefordert, Ansprechpersonen für den Queerpolitischen Beirat zu benennen. Die ressortübergreifende Arbeit wird vor allem durch die gemeinsame Arbeit im Queerpolitischen Beirat und die Beteiligung an der Fortschreibung des Landesaktionsplans gestärkt.

Zu Frage 3:

An den Sitzungen des Queerpolitischen Beirats nehmen grundsätzlich alle Ressorts teil. Die überwiegende Mehrheit der Ressorts hat Ansprechpersonen benannt. In den übrigen Fällen befindet sich die Benennung im Prozess.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Durch die Beantwortung dieser Anfrage entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen. Der Landesaktionsplan umfasst alle Personen jeglichen Geschlechts.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vom 08.04.2024 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.